

Protokoll der 11. Sitzung

**Dienstag, 15. Januar 2013, 19.30 - 21.05 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Herbert Mayrhofer, Präsident

Protokollführer

Stefan Ackermann, Vize-Gemeindeschreiber

Stimmenzähler

Werner Byland (Ersatz)
Sonja Füllemann (Ersatz)

Präsenz

Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr ist 18.

Entschuldigt sind Dr. Matti Kuronen, Peter Mathis, Markus Notter, Christian Seitz und Nicole Urban-Grimm.

Traktandenliste

1. Wahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2010/2013 anstelle des zurückgetretenen Peter Mathis
2. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten der Einbürgerungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2010/2013 anstelle des zurückgetretenen Peter Mathis
3. Alterszentrum Suhrhard (AZS). Kreditbegehren für Investitionsbeitrag an Sanierung und Erweiterung
4. Werkleitungs- und Strassenerneuerung Gysistrasse-Neubuchsstrasse. Kreditbegehren
5. Einbürgerungen

6. Eingänge
7. Verschiedenes

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Wahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2010/2013 anstelle des zurückgetretenen Peter Mathis**Wahlvorschlag**

Die SVP schlägt Herrn Urs Zbinden als Mitglied vor.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	35	
leer und ungültig	9	
gültige Stimmzettel	26	Absolutes Mehr 14

Stimmen haben erhalten:

Urs Zbinden	25
Vereinzelte	1

Gewählt ist mit 25 Stimmen Herr Urs Zbinden.

Wahlannahmeerklärung

Herr Urs Zbinden nimmt die Wahl mündlich an.

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten der Einbürgerungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2010/2013 anstelle des zurückgetretenen Peter Mathis**Wahlvorschlag**

Herr Hans Peter Fricker von der CVP Buchs schlägt Doris Michel als Präsidentin für den Rest der Amtsdauer vor. Doris Michel ist seit Gründung Mitglied der Einbürgerungskommission und hat damit zur Konstanz und guten Praxis dieser Kommission beigetragen, die die Gesuche sehr gründlich aber auch sehr fair prüft. Sie bringt mit ihrer beruflichen Ausbildung und Erfahrung ideale Voraussetzungen für dieses Amt und neu für die Leitung der Kommission mit. Insbesondere kann sie für diese zeitintensive Arbeit die nötigen zeitlichen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	35	
leer und ungültig	2	
gültige Stimmzettel	33	Absolutes Mehr 17

Stimmen haben erhalten:

Doris Michel	27
Vereinzelte	6

Gewählt ist mit 27 Stimmen Frau Doris Michel.

Wahlannahmeerklärung

Frau Doris Michel nimmt die Wahl mündlich an.

Alterszentrum Suhrhard (AZS). Kreditbegehren für Investitionsbeitrag an Sanierung und Erweiterung

(Botschaft des Gemeinderats vom 3. Dezember 2012)

Herr Urs Füllemann, Referent der FGPK (*Herr Füllemann erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation*):
 Ich informiere kurz über das Kreditbegehren für den Investitionsbeitrag an die Sanierung und Erweiterung des Alterszentrums Suhrhard. Bereits letzte Woche konnten Sie einen ausführlichen Bericht dazu in der Tageszeitung lesen. Ich habe das Wichtigste zusammengefasst und chronologisch geordnet. Am 25. Oktober 2011 hat der Einwohnerrat den Projektierungskredit im Umfang von total Fr. 2'350'000.-- (abzüglich 1/3 Aarauer Anteil für den Stadtteil Rohr) für die Sanierung und Erweiterung des Alterszentrums Suhrhard gutgeheissen. Am 26. Juni 2012 bewilligte der Einwohnerrat den Kredit im Umfang von Fr. 990'000.-- für die Gründung der gemeinnützigen Aktiengesellschaft "Alterszentrum Suhrhard AG" sowie die Übertragung des Baulands als Teil des Investitionsbeitrags. Die Fläche dieses Grundstücks ist 14'153 m² und wurde zum Preis von Fr. 361.--/m² geschätzt. Die BDO AG hat diese Schätzung gemacht. Sie ergibt einen Totalpreis von Fr. 5'109'233.--. Am 19. September 2012 wurde die Alterszentrum Suhrhard AG gegründet zwecks langfristiger Sicherung des operativen Betriebs sowie zur Sicherstellung von professionellen Strukturen. Der Verwaltungsrat setzt sich aus sechs Mitgliedern zusammen unter der Führung der Präsidentin, Frau Dr. iur. Monika Fehlmann, Rechtsanwältin, in Buchs.

Die Investitionsbeiträge der Gemeinden Buchs und Aarau wurden auf total 11.3 Mio. Franken festgelegt (entsprechen 40 % der Baukosten von 28.25 Mio. Franken). Wichtig: Diese 11.3 Mio. Franken sind in dieser Höhe fix. Die Gemeinde Buchs wird keine weiteren Kosten übernehmen müssen, wenn die Baukosten von 28.25 Mio. Franken nicht ausreichen werden, was anzunehmen ist.

Die Kalkulation der Gemeindebeiträge zeigt sich wie folgt:

Kalkulation Gemeindebeiträge	Buchs (2/3) Fr.	Aarau (1/3) Fr.	Total Fr.
Baukosten inkl. Projektierungskredite			28'250'000
Gemeindebeiträge	7'563'000	3'737'000	11'300'000
./. Zeichnung Aktienkapital	990'000	450'000	1'440'000
./. Anteil am Projektwettbewerb (vom Einwohnerrat Buchs am 30. März 2010 bewilligt)	213'000	107'000	320'000
./. Anteil am Projektierungskredit (vom Einwohnerrat Buchs am 25. Oktober 2011 bewilligt)	1'565'000	785'000	2'350'000
verbleibender Investitionsbeitrag	4'795'000	2'395'000	7'190'000
./. Übertragung des Baulands	5'109'233		
Differenz	-314'233		

Am 18. Juni 2012 hat der Einwohnerrat Aarau den restlichen Investitionsbeitrag der Stadt Aarau von Fr. 2'395'000.-- bewilligt.

Die notwendige Altlastensanierung muss von der Gemeinde als Grundeigentümerin übernommen werden. Die genauen Kosten können erst bei Bau ermittelt werden. Die Kostenschätzung liegt bei Fr. 583'000.--.

Die endgültigen Kosten der Sanierung und Erweiterung stehen zurzeit nicht fest. Der ursprünglich errechnete Aufwand von 28.25 Mio. Franken wird aus verschiedenen Gründen nicht ausreichen. Die noch kommenden Minergie-Standards sowie die Umplatzierung der Bewohner während der Bauphase, aber auch Wettbewerbskosten, die in den 28.25 Mio. Franken nicht eingerechnet sind, tragen zum höheren Aufwand bei. Jede Aufwandsteigerung belastet die zukünftigen Tarife, die gemäss Pflegegesetz kostendeckend zu gestalten sind. Es wäre aus diesem Grund unverständlich, wenn Buchs aus dem Landverkauf noch Kapital schlagen würde.

Gemäss Gemeindeordnung sind Erwerb oder Veräusserungen von Grundstücken ab 1.6 Mio. Franken dem Einwohnerrat vorzulegen. Der Gemeinderat beantragt deshalb dem Einwohnerrat, zusätzlich zum verbleibenden Investitionsbeitrag an die Alterszentrum Suhrhard AG von Fr. 4'795'000.-- die Differenz zum Landwert von Fr. 314'233.-- ebenfalls als Investitionsbeitrag zu leisten.

Der Kredit von total Fr. 5'109'233.-- unterliegt gemäss Paragraf 4 lit. g der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum. Die Volksabstimmung erfolgt am 3. März 2013.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig bei 8 Anwesenden (im Ausstand von Urs Knecht, Verwaltungsrat AZS):

Für den Investitionsbeitrag der Gemeinde Buchs an die Sanierung und Erweiterung des Alterszentrums Suhrhard sei ein Kredit von Fr. 5'109'233.-- zulasten der Investitionsrechnung, Konto 4120.4640.02, zu bewilligen.

Diskussion

Herr Jost Köchli: Zum vorliegenden Kreditbegehren habe ich zwei Punkte zu bemerken. Der erste Punkt betrifft die Besetzung des Verwaltungsrats. Bei den Mitgliedern fällt auf, dass der sechsköpfige Verwaltungsrat mit Personen aus Buchs ausschliesslich durch Vertreter der FDP und CVP gebildet wurde. Sogar drei Personen sind von der CVP. Die Anzahl von sechs Personen in einem Verwaltungsrat ist sonderbar. Dass dann aber drei Personen aus demselben parteipolitischen Umfeld vertreten sind, ist aus unserer Sicht nicht mehr nachvollziehbar. Wir alle wissen, dass das Alterszentrum Suhrhard in den nächsten Jahren vor allem ein grosses Bauprojekt sein wird. Für die Wahl in den Verwaltungsrat wären durchaus weitere Personen mit zusätzlichem Wissen aus dem Fach Bau oder mit speziellen Kenntnissen im Risk Management und Gesundheitswesen zur Verfügung gestanden. Wie erklärt der Gemeinderat die heutige Zusammensetzung des Verwaltungsrats? Ist der Gemeinderat bereit, diese Zusammensetzung nochmals zu überdenken und die Anzahl Mitglieder auf eine ungerade Anzahl aufzustocken und mit den nötigen Kompetenzen zu versehen?

Der zweite Punkt betrifft die Kosten. In der Vorlage steht, dass die Kosten höher sein werden. Man geht aber nicht genauer darauf ein. Von welchen Kosten muss man aus heutiger Sicht ausgehen? Wie Urs Fülleemann vorhin ausgeführt hat, muss nicht die Gemeinde die höheren Kosten tragen, sondern sie müssen gemäss Pflegegesetz von den Bewohnenden des Altersheims bezahlt werden. Sind die zu erwartenden Tarife noch marktgerecht?

Herr Walter Wyler: Die Baukosten von 28.25 Mio. Franken werden voraussichtlich nicht ausreichen. Es sollen die im Antrag vorgeschlagenen Landreserven als Investitionsbeitrag bewilligt werden. Das ist ein grosszügiges Geschenk und Vorschuss an die Alterszentrum Suhrhard AG. Wir von der EVP verstehen,

dass die Betriebskosten dadurch später tiefer ausfallen. Daher sind wir nicht gegen dieses Geschenk, aber die Gesamtkosten sind uns noch nicht bekannt. Die im Antrag formulierte Altlastensanierung bringt Kosten von Fr. 583'000.--. Wir möchten vom Gemeinderat wissen, worum es sich hier handelt und weshalb das die Gemeinde wird bezahlen müssen.

Herr Anton Kleiber: Mit dem Entscheid vom Oktober 2011 hat man sich klar dafür ausgesprochen, dass die Notwendigkeit der Sanierung und Erweiterung des Alterszentrums unumstritten ist. Die heutige Abstimmung ist der logische nächste Schritt in diesem Prozess. Die verschiedenen Fragen haben aus meiner Sicht nicht allzu viel mit der heutigen Vorlage zu tun. Die Beantwortung kann zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Im Namen der FDP-Fraktion möchten wir die Vorlage unterstützen und bitten Euch um Zustimmung.

Herr Urs Füllemann: Ich bin selber in Verwaltungsräten tätig. Es ist wichtig, dass man Know How-Träger in diesen Gremien hat. Die parteipolitische Zusammensetzung ist eher zweitrangig. Wichtig sind das Fachwissen und die Bildung eines Gremiums zur guten Zusammenarbeit.

Herr Präsident Herbert Mayrhofer: Wir behandeln heute eine Vorlage über den Investitionsbeitrag und nicht über die Zusammensetzung oder Erweiterung des Verwaltungsrats. Zwei der CVP-Mitglieder sind auf institutionelle Art und Weise in den Verwaltungsrat gekommen. Eine Person ist die Finanzchefin der Gemeinde. Die andere Person war Mitglied des Altersheimvereins.

Herr Gemeindeammann Heinz Baur: Wir müssen nicht mehr über die Zusammensetzung sprechen. Wir haben es bereits an der FGPK-Sitzung klar erläutert. Der Gemeinderat hat sich komplett von fachlichen und sachlichen Kriterien leiten lassen. Wir sind überzeugt, dass die gewählten Personen kompetent sind und können uns keine bessere Zusammensetzung vorstellen. Der Verwaltungsrat ist vertreten durch Personen aus dem ehemaligen Verein. Der Stadtrat Aarau hat wider Erwarten keinen Finanzplaner geschickt, sondern einen Stadtrat. Wir hatten erwartet, dass die Politik im Verwaltungsrat nicht mehr mitspielt. Aber durch die Nomination der Aarauer mussten wir ebenfalls reagieren. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats ist gesetzt. Es kann keine Rede davon sein, dass der Gemeinderat die Zusammensetzung nochmals bespricht.

Die Kosten sind höher als zum Zeitpunkt des Wettbewerbs. Die 28.25 Mio. Franken wurden zum Zeitpunkt des Wettbewerb-Abschlusses geschätzt. Hinterher sind weitere Bedürfnisse entstanden. Diese wurden aufgerechnet. Zum heutigen Zeitpunkt ist der Verwaltungsrat mit der Bildung eines Ausschusses beschäftigt, der das Vorprojekt und das Bauprojekt begleiten wird. Die beiden Gremien, Verwaltungsrat und Bauausschuss, sind jetzt daran, Einsparungsmöglichkeiten und Alternativen zu prüfen. Man versucht natürlich, den jetzigen Stand von 44 Mio. Franken (+/- 15 %) zu senken. Das wirkt sich später auf die Tarife aus und der Gemeinderat möchte die Tarife im Rahmen halten.

Die Altlastensanierung ist ein leidiges Thema. Die Grundeigentümer sind per Gesetz verpflichtet, die Kosten für die fachgerechte Entsorgung von Altlasten zu übernehmen. Damals befand sich beim Alterszentrum Suhrhard eine Kehrrichtdeponie. Mit entnommenen Proben wurde abgeschätzt, dass die zu entsorgenden Altlasten Kosten von rund Fr. 583'000.-- verursachen. Der genaue Betrag kann noch nicht festgestellt werden.

Wir sind sehr zufrieden, wie die Kostenbeteiligung realisiert werden konnte. Für die Gemeinde wurde mit der Landabtretung eine optimale Lösung gefunden. Eine Bareinlage hätte die Gemeinde stärker getroffen als die Landabtretung.

Urs Füllemann hat bereits erklärt, dass im Verwaltungsrat sachlich diskutiert und nicht politisiert wird. Die fachlich breite Vertretung im Verwaltungsrat ist ebenfalls wichtig. Ich gebe zu, es ist kein fachlicher Vertreter der Sparte Bau dabei, aber wir sind zum Schluss gekommen, dass sobald das Alterszentrum fertig saniert und erweitert ist, vorläufig kein Bauspezialist nötig sein wird. Ansonsten kann man dieses Know How einkaufen.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Ausstandspflicht (gemäss § 25 des Gesetzes über die Einwohnergemeinden [Gemeindegesezt])

- Hans Peter Fricker, Verwaltungsrat AZS
- Urs Knecht, Verwaltungsrat AZS

Vorgenannte Personen haben während der Abstimmung den Gemeindesaal zu verlassen.

Antrag

Für den Investitionsbeitrag der Gemeinde Buchs an die Sanierung und Erweiterung des Alterszentrums Suhrhard sei ein Kredit von Fr. 5'109'233.-- zulasten der Investitionsrechnung, Konto 4120.4640.02, zu bewilligen.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 33 : 0 Stimmen bei 2 Ausständen (Verwaltungsräte) zugestimmt. Dieser Beschluss untersteht dem obligatorischen Referendum.

Werkleitungs- und Strassenerneuerung Gysistrasse-Neubuchsstrasse. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 3. Dezember 2012)

Frau Maja Frey, Referentin der FGPK (*Frau Frey erläutert ihren Vortrag mit einer Präsentation*): Es gehört zu den permanenten Aufgaben einer Gemeinde, dass sie regelmässig Strassen und Werkleitungen überprüft und die finanziellen Mittel für solche Auslagen bereitstellt. Damit unsere Werkleitungen regelmässig kontrolliert und saniert oder erneuert werden, arbeitet unsere Gemeinde seit Jahren mit dem aktuellen Generellen Entwässerungsplan (GEP). Dieser wird in den meisten Gemeinden als Grundlage der Unterhaltsplanung gebraucht.

Anhand der systematischen Überprüfung der öffentlichen Wasserversorgungsleitungen hat man festgestellt, dass die Anforderungen an den Gewässerschutz bei der Kanalisationsleitung in der Gysistrasse-Neubuchsstrasse nicht mehr genügen. Die Kanalisationsleitung hat auch eine hydraulisch ungenügende Kapazität. Der Erneuerungsbedarf für die 484 Meter Leitung ist daher unumstritten. Im Rahmen einer ganzheitlichen und effizienten Planung entsteht darum sinnvollerweise ein grösseres Projekt mit drei Teilbereichen. Diese sind die Erneuerung Kanalisationsleitung, die Sanierung Trinkwasserleitungen und die Strassenerneuerung Gysistrasse bis Neubuchsstrasse.

Erneuerung Kanalisationsleitung (Länge 484 m)

Das Hauptproblem ist die zu kleine Kapazität der Abflussrohre. Die veralteten Zementrohre und die undichten Muffen müssen bald ersetzt werden. Ein bewährtes System sind die modernen, grösseren Spezial-Centub-Betonröhren mit integriertem Dichtungssystem, die Risse an den Rohren verhindern. Weiter werden die nötigen Kontrollschächte und Schachtdeckel erneuert und ausgebaut. Durch den Neubau mit gleichmässigem Gefälle, das tiefer zu liegen kommt, sind nicht mehr alle Leitungsverbindungen in die Nebenstrassen notwendig. Deshalb werden diese unterbrochen. Aus Kostengründen belässt man alte Leitungen und Teile der Schächte im Boden. Diese werden mit Kies oder Splitt aufgefüllt. Wie es bei einem solchen Projekt üblich ist, werden auch die privaten Hausanschlüsse kontrolliert. Falls dort Reparaturen gemacht werden müssten, wäre dies Aufgabe der Grundeigentümer.

Erneuerung Wasserleitung (Länge 175 m)

Die bald 40-jährige Trinkwasserleitung hat ihre Lebensdauer von ca. 70 Jahren noch nicht erreicht und muss grundsätzlich nicht erneuert werden. Sie hat aber mehrheitlich im südlichen Teil schadhafte Stellen, wo es immer wieder zu Rohrbrüchen kommt. Gleichzeitig mit der Kanalisation soll die Trinkwasserleitung auf rund 175 Metern mit PE-Röhren erneuert werden. Zugleich will man ca. 35 Meter Leitungsrohre bereits dort erneuern, wo sich diese mit der Kanalisation kreuzen und bei einer späteren Leitungssanierung von anderen Querstrassen unter der sanierten Gysistrasse liegen würden.

Strassensanierung (Länge 436 m)

Weil für die beiden Leitungserneuerungen der Belag auf der ganzen Länge der Gysistrasse aufgerissen werden muss und weil die Gysistrasse generell in einem schlechten Zustand ist, wird der Strassenbelag auf 436 Metern komplett erneuert. Auf der Höhe der Neubuchsstrasse werden nur Belagsflächen von den Grabarbeiten erneuert. Der Trottoirbelag wird nur dort erneuert, wo er Schäden aufweist. Die bestehenden Verkehrsberuhigungsmassnahmen wie Berlinerkekissen und Markierungen werden in gleicher Form wiederhergestellt.

Wie Sie nun in der Kostenübersicht von diesem Kreditbegehren bereits gesehen haben, kommen im Bereich Strassenbau noch zwei weitere Bauvorhaben dazu. Das ist einerseits die Widerstandserhöhung mit verkehrsberuhigenden Massnahmen wie zum Beispiel Strassenverengungen.

Dieser Budgetkredit von Fr. 86'000.-- ist bereits 2011 bewilligt worden. Man hat ihn aus diversen Gründen sinnvollerweise ungenutzt verfallen lassen. Nun will man ihn in den Verpflichtungskredit aufnehmen, damit man nach der Sanierung und den aktualisierten Verkehrsmessungen wegen des Staffeleggzubringers die Möglichkeit hat, diese Beruhigungsmassnahmen umzusetzen. Ganz wichtig: Dieses Geld wird nur bei Bedarf ausgegeben. Momentan kann man das noch nicht beurteilen.

Der zweite Punkt ist die Strassenbeleuchtung. Wie immer bei solch ganzheitlichen Projekten überprüft auch unsere Stromversorgerin IBAarau Strom AG ihre Versorgungsleitungen und Strassenbeleuchtungen. Neben neuen Kabelleitungen, die von der IBAarau Strom AG selber finanziert werden, steht auch eine Erneuerung der Strassenbeleuchtung an. Weil die Kandelaber der Strassenbeleuchtung ihre Lebensdauer erreicht haben und die Beleuchtung nicht mehr den heutigen Normen entspricht, empfiehlt die IBAarau Strom AG eine Erneuerung mit der effizienteren LED-Technologie. Die Beleuchtung wird durch die IBAarau Strom AG erneuert. Gemäss Vertrag bezahlen die IBAarau Strom AG $\frac{1}{4}$ und die Gemeinde $\frac{3}{4}$ der Kosten. In der Kostenübersicht zeigt sich, dass der Gemeindestrassenbau total 1.109 Mio. Franken kostet, die Kanalisation 1.388 Mio. Franken und die Trinkwasserleitungen 303'000 Franken. Das macht total 2.8 Mio. Franken.

Die Kanalisation und Wasserversorgung werden über die Eigenwirtschaftsbetriebe finanziert. Die nötigen Mittel sind vorhanden. Die Gemeindestrassen müssen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Für die Investitionsrechnung im Budget 2013 fallen folgende Jahrestanchen an:

- Strassensanierung Gysistrasse-Neubuchsstrasse Fr. 910'000.--
- Erneuerung Wasserleitung Fr. 250'000.--
- Erneuerung Kanalisationsleitung Fr. 842'000.--

Die restlichen Baukosten fallen voraussichtlich 2014 an.

Heute Abend geht es darum, einen Verpflichtungskredit zulasten der Investitionsrechnung zu bewilligen. Weil die Kreditsumme die Kompetenzsumme des Einwohnerrats (gemäss § 4 lit. g der Gemeindeordnung) von 2 Mio. Franken übersteigt, unterliegt der Beschluss dem obligatorischen Referendum. Es braucht also noch eine Volksabstimmung. Diese findet am 3. März 2013 statt.

Es ist vorgesehen, dass die Arbeiten am vorliegenden Projekt im Sommer 2013 gestartet werden. Sie dauern etwa neun Monate. Es ist abhängig von der Sanierung und Fertigstellung der Oberdorfstrasse. Man möchte vermeiden, zwei grosse Baustellen im Dorf zu haben. Es wird teilweise zu Verkehrsbehinderungen kommen. Der Fussgängerverkehr bleibt aber gewährleistet.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig bei 9 Anwesenden:

Für die Werkleitungs- und Strassenerneuerung des Strassenzugs Gysistrasse-Neubuchsstrasse, im Abschnitt zwischen Mitteldorfstrasse und Amsleracherweg, sei ein Verpflichtungskredit von brutto Fr. 2'800'000.-- zulasten der Investitionsrechnung mit folgender Aufteilung auf die einzelnen Kostenstellen zu bewilligen:

a) Strassenbau und Beleuchtung zulasten der Allgemeinen Rechnung	Fr. 1'109'000.--
b) Leitungsbauten zulasten Eigenwirtschaftsbetrieb Wasserwerk	Fr. 303'000.--
c) Leitungsbauten zulasten Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasserbeseitigung	Fr. 1'388'000.--

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Baukostenteuerungen (Basisindex 1. April 2012).

Diskussion

Frau Katrin Schenker-Sigrist: Ich möchte mich zur Erhöhung des Durchfahrtswiderstands äussern. Dieses Projekt wurde bereits im Verkehrsrichtplan 2007 skizziert. Darin steht, dass der Durchfahrtswiderstand Gysistrasse-Neubuchsstrasse erhöht werden sollte, falls es zu erheblicher Mehrbelastung kommt. Die SP hat die Projektmassnahmen 2010 studiert und diskutiert. Sie ist dafür, dass der vorgesehene Kredit von Fr. 86'000.-- gutgeheissen wird. Sie möchte nicht nur das, sondern auch dem Gemeinderat ans Herz legen, die Massnahmen umzusetzen. Er soll sich beim zugestandenen Spielraum zugunsten der schwächsten Verkehrsteilnehmer einsetzen. Wenn die Mehrbelastung der Gysistrasse-Neubuchsstrasse zu Spitzenzeiten im Bereich von 20 % liegt, ist das für uns erheblich und Grund genug, etwas zu unternehmen. Gerade in den Spitzenzeiten bewegen sich auch Velofahrer auf der Strasse und Kinder entlang der Strasse. Für Velofahrer ist die Gysistrasse gefährlich. Es befinden sich Schulhäuser und Kindergärten entlang dieser Strasse und es ist auch ein Stück Schulweg für die Kinder der Suhrenmatte. Mit den geplanten Massnahmen wie versetztes Fahren, Kernfahrbahn markieren, neu Rechtsvortritt einführen, ein neuer Fussgängerstreifen, kann das Tempo auf dieser Strasse auf 30 bis 40 km/h reduziert werden. Für den Durchfahrtsverkehr nimmt dadurch die Attraktivität ab. Wir finden es sinnvoll, wenn diese Massnahmen im Zug der Strassensanierung errichtet werden. So kann man die Kosten tiefer halten, als wenn die Massnahmen in einem zweiten Anlauf erstellt werden müssen. Wir bitten den Gemeinderat um aktives Handeln in dieser Angelegenheit.

Herr Donovan Wyrsch: Wir von den Grünen Buchs sind dafür, dass der Widerstand erhöht wird. Wir wollen langsameren und sichereren Verkehr. Verkehrsberuhigungsmassnahmen sind ein Muss an dieser Strasse, die von sehr vielen Schülern und Kindergartenkindern benützt und überquert wird.

Herr Andreas Frey: Die IBAarau Strom AG plant bei der Erneuerung der Strassenbeleuchtung entlang der Gysistrasse LED-Lampen einzusetzen mit zusätzlicher Nachtabsenkung. Die Grünen begrüssen diese energiesparende Technik. Laut Auskunft von Herrn Hunziker, IBAarau Strom AG, sollen die Quecksilberdampflampen mit einem Verbrauch von 120 Watt durch LED mit einer Leistung von 80 Watt ersetzt werden. Man könnte also annehmen, dass viel Energie gespart wird. Weil aber mehr Beleuchtungskörper geplant sind, wird diese Einsparung minimal sein. Dafür wird die Strasse viel besser ausgeleuchtet sein. Ich war Anfang Januar im Schwarzwald im Urlaub und habe mich gewundert, dass dort Hauptstrassen etwa so ausgeleuchtet werden wie bei uns Nebenstrassen. Als Laie frage ich mich, ob die EU-Richtlinien betreffend Strassenbeleuchtung durchgesetzt werden müssen, oder ob diese unterschiedlich ausgelegt werden. Sicher ist es richtig, dass die Fussgängerüberquerungen gut sichtbar sind. Trotzdem frage ich mich, ob es nötig ist, dass die ganze Strasse taghell beleuchtet wird. Ich bitte den Gemeinderat, darauf zu achten, dass nicht unnötig viel Licht installiert wird, damit uns heute und in Zukunft nicht zu viele Kosten entstehen.

Herr Hans Hartmann: Es sind horrenden Beträge für 500 Meter. Aber die gut ausgearbeitete Vorlage zeigt sehr wohl, dass diese Auslagen nötig sind. Ich möchte der Bauverwaltung ein Kränzchen winden, denn es zeugt von Weitsicht, dass man jetzt die Strassenbeleuchtung ersetzt im Hinblick auf die LED-Umrüstung. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Kredit.

Frau Katrin Schenker-Sigrist: Wir finden es sinnvoll, im Zug der jetzigen Sanierung die Strassenbeleuchtung anzupassen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob es wirklich 17 anstelle von 14 Kandelabern sein müssen. Man muss sich bewusst sein, dass jeder Kandelaber einen neuen Standort erhält und das betrifft danach eventuell Liegenschaften, die vorher nicht oder anders beleuchtet wurden. Diese Normen ergeben immer einen Diskussionspunkt. Man muss aber bedenken, dass wenn der Strassenverkehr entschleunigt würde, auch die Normenquote verändert wird. Mit der jetzigen Ausleuchtung gab es noch keine Probleme. Wir möchten dieses Projekt nicht gefährden, aber wir bitten den Gemeinderat, das Projekt vor Ort gründlich zu prüfen und die sinnvollen neuen Standorte festzulegen. Es soll geprüft werden, ob allenfalls die alten Standorte auch akzeptabel wären und ob Anwohner unnötig belästigt würden. Ist es möglich, die Pläne für die Strassenbeleuchtung mit denjenigen für die verkehrsberuhigenden Massnahmen zu koordinieren? Ich denke, das Projekt ist noch nicht fertig ausgearbeitet und Anpassungen sind möglich.

Herr Gemeinderat Urs Affolter: Wir haben die Voten entgegen genommen.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Antrag

Für die Werkleitungs- und Strassenerneuerung des Strassenzugs Gysistrasse-Neubuchsstrasse, im Abschnitt zwischen Mitteldorfstrasse und Amsleracherweg, sei ein Verpflichtungskredit von brutto Fr. 2'800'000.-- zulasten der Investitionsrechnung mit folgender Aufteilung auf die einzelnen Kostenstellen zu bewilligen:

a) Strassenbau und Beleuchtung zulasten der Allgemeinen Rechnung	Fr. 1'109'000.--
b) Leitungsbauten zulasten Eigenwirtschaftsbetrieb Wasserwerk	Fr. 303'000.--
c) Leitungsbauten zulasten Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasserbeseitigung	Fr. 1'388'000.--

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Baukostenteuerungen (Basisindex 1. April 2012).

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 35 : 0 Stimmen zugestimmt. Dieser Beschluss untersteht dem obligatorischen Referendum.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Eingänge***Anfrage der Grünen Buchs an den Gemeinderat betreffend Jugendtreff***

Herr Donovan Wyrsh reicht folgende Anfrage ein:

Wir, die Grünen Buchs, haben aufgrund unserer Recherchen die Befürchtung, dass sich der Gemeinderat Buchs mit einer absoluten Minimallösung für einen Jugendtreff zufrieden geben möchte und kein echtes Engagement bei der Suche nach den versprochenen Räumen an den Tag legt.

Deshalb die Fragen an den Gemeinderat:

- Wie gross soll der Treff werden und welche Anforderungen und Bedürfnisse soll der Treff erfüllen?
- Welche Räumlichkeiten kommen in Frage?
- Wie sieht es mit dem alten Feuerwehrgebäude aus?
- Wie sieht die Suche konkret aus?

Vielen Dank für die Antworten.

Frau Gemeinderätin Barbara Keusch: Dass der Gemeinderat kein Engagement in dieser Sache zeigt, möchte ich zurückweisen. Wer gestern an der Gemeinderatssitzung war, kann das bezeugen.

Die Anfrage beantworte ich gerne an der nächsten Einwohnerratssitzung.

Nächste Sitzung

Die Einwohnerratssitzung vom 26. März 2013 fällt mangels spruchreifer Traktanden aus. Die nächste Sitzung findet am 25. Juni 2013 statt.

Rücktritt Nicole Urban-Grimm

Nicole Urban-Grimm wird per Ende Januar 2013 aus dem Einwohnerrat zurücktreten. Das Wahlbüro hat ein neues Mitglied zu wählen. Die Inpflichtnahme findet an der nächsten Sitzung statt.

Suhrenbrücke

Herr Andreas Frey: An der Einwohnerratssitzung vom 26. Juni 2012 haben wir dem Verpflichtungskredit für den Ersatz des Brückenstegs Suhrenmatte zugestimmt. Sie steht seit einigen Monaten oder besser gesagt, sie hängt. Die Durchbiegung in der Mitte beträgt rund 10 cm. Damit sich in der Mitte keine Pfütze bildet, mussten 10 cm Beton aufgegossen werden. Die Geländer mussten auf Sockel montiert werden, damit die Höhe von 1.30 m eingehalten werden kann. Die Brücke ist für Fahrzeuge bis 5 Tonnen ausgelegt. Das zusätzliche Gewicht dieses Betons beträgt nach meiner Schätzung etwa 7 bis 8 Tonnen. Ist die Tragfähigkeit dieser Brücke noch gewährleistet? Sind Fehler gemacht worden? Wer ist dafür verantwortlich? Wie werden solche Bauprojekte generell von Seiten der Gemeinde begleitet und kontrolliert?

Herr Gemeinderat Urs Affolter: Es ist bedauerlicherweise nicht so gelaufen, wie wir es gerne gehabt hätten. Nachdem die Träger eingebaut wurden, hat die Bauverwaltung den Fehler festgestellt und mit dem Ingenieur besprochen. Wo der Fehler letztlich liegt, kann ich nicht beantworten. Die Fachleute sind sich auch nicht einig. Wir haben vom Ingenieur bestätigen lassen, dass die Statik einwandfrei ist und unseren Anforderungen genügt. Das ist gewährleistet. Der Schuldige ist klar der Lieferant des Trägers. Man kann spekulieren, ob der Träger falsch gelagert wurde oder ob bei der Oberflächenbehandlung etwas schiefgelaufen ist oder ob der Träger bereits anderswo eingesetzt wurde. Das ist nicht mehr eruierbar. Die Durchbiegung wird nicht weiter zunehmen. Wir haben auch die Rückweisung des Werks besprochen. Wir haben nun eine Entschädigung ausgehandelt. Sämtliche Korrekturarbeiten und das provisorische Geländer gehen zulasten des Unternehmers. Der Ingenieur wird seine Mehrleistungen in diesem Zusammenhang nicht in Rechnung stellen. Die Begleitung durch den Bauverwalter und den Tiefbauer war jederzeit gewährleistet. Der Gemeinderat hat ebenfalls über den Fortschritt beraten. Das Geschäft war unter fachkundiger Kontrolle. Trotzdem ist dieser Mangel aufgetreten.

Abfallentsorgung

Herr Ueli Kohler: Ich habe eine Kopie eines Schreibens an den Gemeinderat Buchs erhalten. Es geht um Abfallentsorgung. Das Schreiben wurde mit Fotos dokumentiert. Die Anfrage an den Gemeinderat lautet, ob Fehlbare gebüsst werden und ob die Polizei Kontrollen macht. Ich denke, das ist tatsächlich ein Thema. Wir haben auch schon öfters darüber diskutiert. Wenn wir ein Exempel statuieren könnten, indem wir jemanden in flagranti erwischen und mit einer Busse belegen, sowie eine Mitteilung in der Presse veröffentlichen, hätte dies sicherlich Signalwirkung. Hat der Gemeinderat diese Anfrage beantwortet?

Herr Gemeindeammann Heinz Baur: Auf solche Briefe antworten wir nicht mehr schriftlich. Dieses Thema läuft sich langsam tot. Vor zwei oder drei Jahren haben wir endlos über Litteringprobleme gesprochen. Das ist ein Litteringproblem. Es geht um die Sammelstelle beim Bauamt. Es wurden Schachteln und Papier illegal entsorgt. Es ist eine Sauerei, weil es viele Säcke, Plastiksäcke und ähnliches um die vollen Container hat. Sie sagen jetzt vielleicht, dass das Bauamt die Container hätte leeren sollen. Die Kehricht- und Grünabfuhr war über die Feiertage gewährleistet am 27. und am 31. Dezember sowie am 3. Januar. Es gab Reinigungstouren am 24., 27., 28., 31. Dezember, 3., 4. und 5. Januar. Mehr ist einfach nicht machbar.

Ueli, ich möchte auch jemanden in flagranti erwischen, mit einer Busse belegen und in der Zeitung veröffentlichen. Aber die Fehlbaren sind schnell. Sie entsorgen nachts. Littering ist nicht zu vermeiden. Wir könnten eine einzige Sammelstelle errichten mit einem Zaun und bestimmten Öffnungszeiten. Damit ist aber dem grössten Teil der Buchser Bevölkerung, die ihren Abfall fach- und sachgerecht entsorgt, nicht geholfen. Es müssen dann wieder wegen einigen Fehlbaren die restlichen Bürgerinnen und Bürger darunter leiden. Littering ist ein Gesellschaftsproblem. Die Polizei macht übrigens mindestens 3 Stunden pro Woche Observation. Bislang wurde noch niemand erwischt.

Die Schreiber dieses Briefs kommen übrigens morgen um 14.00 Uhr zu mir ins Büro und ich werde ihnen dieselbe Auskunft geben.

Dank

Der Präsident dankt allen, die zum Gelingen dieser Sitzung beigetragen haben.

5033 Buchs AG, 16. Januar 2013

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Der Protokollführer

Herbert Mayrhofer

Stefan Ackermann